

## **Niedriglohnsektor stark angestiegen**

Jochen Wiemken – Quelle: [www.spd.de](http://www.spd.de) – 19.11.2010

Der Niedriglohnbereich in Deutschland ist laut einer aktuellen Studie größer als angenommen. 2009 verdienten gut 22 Prozent der Vollzeitbeschäftigten - bundesweit über vier Millionen Menschen - monatlich weniger als 1.800 Euro brutto. Dennoch blockieren Union und FDP weiter den gesetzlichen Mindestlohn.

Viel mehr Menschen als bisher angenommen arbeiten in Deutschland für einen Niedriglohn. Letztes Jahr verdienten etwas mehr als 22 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten ein Einkommen unterhalb der Niedriglohnschwelle von fast 1.800 Euro brutto. Damit arbeitet etwa jeder fünfte für einen Niedriglohn. Das ist das Ergebnis einer aktuellen Studie der Bundesagentur für Arbeit.

Bislang gingen Arbeitsmarktexperten davon aus, dass zwischen 11 Prozent (Statistisches Bundesamt 2006), 18 Prozent (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 2005) und etwa 20,7 Prozent (Institut für Arbeit und Qualifikation 2010) der Vollzeitbeschäftigten in Deutschland einen Lohn unterhalb der Niedriglohnschwelle erhalten.

Eine aktueller statistischer Bericht der Bundesagentur für Arbeit kommt nun zu dem Ergebnis, dass im letzten Jahr 22,3 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten sich mit einem Bruttolohn von weniger als 1800 Euro zufrieden geben mussten. In Westdeutschland erzielten 20,2 Prozent und in Ostdeutschland 21,3 Prozent der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten Arbeitsentgelte unter der jeweiligen Niedriglohnschwelle.

Dabei zeigt sich, dass die Bedeutung des Niedriglohnbereichs seit 1999 merklich zugenommen hat. So hat sich der Anteil der Vollzeitbeschäftigten in diesem Bereich zwischen 1999 und 2009 von 16,6 Prozent auf 20,2 Prozent (Westdeutschland) bzw. von 17,9 Prozent auf 21,3 Prozent (Ostdeutschland) erhöht.

Regierung muss gesetzlichen Mindestlohn einführen

Der starke Anstieg im Niedriglohnsektor zeigt einmal mehr, dass ein gesetzlicher Mindestlohn in Deutschland dringend notwendig ist. Bereits im März hatte die SPD umfassende Vorschläge für eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt vorgelegt. Das SPD-Präsidium beschloss ein detailliertes Konzept, das mit einer Begrenzung von Leiharbeit, mehr Mitbestimmung, einem gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro und einem sozialen Arbeitsmarkt für mehr Gerechtigkeit sorgen soll. Auch die Delegierten des Parteitags im September stimmten dem Konzept mehrheitlich zu.